



Per Mail: ds@seco.admin.ch

Bern, 29. Mai 2026

## **Botschaft Standortförderung 2028 – 2031**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur Vernehmlassung zur Botschaft Standortförderung 2028–2031 Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Die Vorlage definiert die strategische Ausrichtung und Finanzierung der Standortförderung des Bundes für die Jahre 2028–2031. Sie umfasst insbesondere Massnahmen in den Bereichen KMU-Politik, Tourismuspolitik, Exportförderung, Standortpromotion sowie Regionalpolitik. Ziel der Vorlage ist es, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz zu stärken, die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern und die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen zu unterstützen.

### **Position Die Mitte:**

Die Mitte unterstützt die grundsätzliche Zielsetzung der Vorlage. Gerade angesichts der geopolitischen Unsicherheiten, zunehmender Handelshemmnisse, des verschärften internationalen Standortwettbewerbs sowie des Fachkräfte- und Strukturwandels und der anhaltenden Herausforderungen durch den starken Schweizer Franken für die exportorientierte Wirtschaft braucht die Schweiz eine starke, verlässliche und breit abgestützte Standortförderung. Positiv beurteilt Die Mitte insbesondere die vorgesehenen Massnahmen zur administrativen Entlastung der KMU, die Weiterentwicklung von EasyGov sowie die Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit.

Die Mitte erachtet eine leistungsfähige Standortförderung als wichtiges Instrument für Wohlstand, Innovation, Arbeitsplätze und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in allen Regionen der Schweiz. Insbesondere die KMU, das Gewerbe, der Tourismus sowie die Berg- und Randregionen sind auf verlässliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen angewiesen.

Kritisch beurteilt Die Mitte hingegen, dass die Vorlage in wesentlichen Teilen auf Annahmen basiert, welche den aktuellen parlamentarischen Beschlüssen beziehungsweise den jüngsten Entscheiden im Rahmen des Entlastungspakets 2027 (EP27) nur teilweise entsprechen. Dies betrifft insbesondere die Regionalpolitik sowie einzelne Kürzungsvorgaben bei Innotour und Schweiz Tourismus.

Wir begrüssen ausdrücklich, dass das Parlament die Bedeutung der Regionalpolitik für die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Räume, Berg- und Grenzregionen bekräftigt hat. Die eidgenössischen Räte haben im Rahmen der Beratungen zum Entlastungspaket 2027 deutlich gemacht, dass die Neue Regionalpolitik weiterhin ein wichtiges Instrument zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, zur Förderung von Innovation sowie zur Sicherung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen bleibt.

Die Mitte teilt diese Einschätzung. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheiten und zunehmender regionaler Herausforderungen braucht es weiterhin verlässliche Rahmenbedingungen und Entwicklungsperspektiven für die Regionen. Die Regionalpolitik leistet hierzu einen wichtigen Beitrag, indem sie Investitionen auslöst, Innovation fördert und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Regionen stärkt.

Vor diesem Hintergrund erachten wir es als wichtig, dass die weitere Ausgestaltung der Standortförderung den parlamentarischen Entscheidungen Rechnung trägt und die Rolle der Regionalpolitik auch über 2031 hinaus mit der notwendigen Offenheit und Weitsicht betrachtet wird.

Auch bei Innotour und Schweiz Tourismus erachtet Die Mitte die vorgesehenen Kürzungen als kritisch. Der Schweizer Tourismus steht weiterhin unter erheblichem internationalem Wettbewerbsdruck und ist gleichzeitig mit grossen Herausforderungen in den Bereichen Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Fachkräftemangel und Gästelenkung konfrontiert. Die Mitte anerkennt zwar die angespannte finanzielle Situation des Bundeshaushalts. Kürzungen dürfen jedoch nicht dazu führen, dass bewährte Förderinstrumente substanziell geschwächt werden oder ihre Wirkung verlieren.

Positiv beurteilt Die Mitte hingegen die stärkere Ausrichtung der Standortförderung auf Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Die konsequente Weiterentwicklung von EasyGov sowie die bessere digitale Vernetzung zwischen Unternehmen und Behörden leisten einen wichtigen Beitrag zur administrativen Entlastung der KMU und zur Modernisierung der Verwaltung. Ebenso begrüsst Die Mitte die stärkere Berücksichtigung nachhaltiger Entwicklung in der Tourismus- und Regionalpolitik.

Wichtig ist aus unserer Sicht, dass die Standortförderung weiterhin subsidiär, föderalistisch und praxisnah ausgestaltet bleibt. Die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Regionen und Wirtschaftsakteuren ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor der Schweizer Standortpolitik und muss auch künftig sichergestellt werden. Die Mitte fordert, dass sich die Standortförderung stärker auf qualitatives und ressourcenschonendes Wachstum ausrichtet. Für die Schweiz stehen langfristig Innovation, Produktivität und nachhaltige Wertschöpfung im Vordergrund – nicht primär mengenmässiges Wachstum. Entsprechend soll die Standortförderung gezielt Rahmenbedingungen schaffen, welche Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz und Innovationskraft stärken.

Die Mitte erwartet deshalb, dass die Botschaft bis zur definitiven Verabschiedung stärker mit den parlamentarischen Beschlüssen abgestimmt und insbesondere bei der Regionalpolitik sowie bei den tourismuspolitischen Förderinstrumenten entsprechend angepasst wird.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

## Die Mitte

Sig. Philipp Matthias Bregy  
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Blaise Fasel  
Generalsekretär Die Mitte Schweiz